Pestizid-Skandal: Ungeprüfte Gifte gefährden Umwelt und Gesundheit!

In der EU sind viele Pestizide im Umlauf, deren Umweltrisiken nicht überprüft wurden. Dies gefährdet Gesundheit und Umwelt.

Deutschland - In der Europäischen Union kursieren zahlreiche Pestizide, für die keine aktuellen Überprüfungen der Umweltrisiken vorliegen. Wie tagesschau.de berichtet, zeigt eine Analyse, dass fast 90% der in Deutschland im Jahr 2023 verkauften Pflanzenschutzmittel Wirkstoffe ohne aktuelle Risikobewertung enthielten. Besonders besorgniserregend ist, dass im Jahr 2024 rund 70% der chemisch-synthetischen Wirkstoffe, deren EU-Zulassungen abgelaufen waren, weiterhin im Handel blieben.

Hinter dieser Problematik steckt eine umstrittene Regelung der EU, die als ȣtechnische Verlängerungȣ bekannt ist. Diese erlaubt den Weiterverkauf von Pestiziden ohne neue Risikobewertung.

Seit 2011 wurden über 1.300 technische Verlängerungen für Pestizidwirkstoffe erteilt, was laut dem Umweltinstitut München als systematischer Missbrauch angesehen wird, der das Vorsorgeprinzip untergräbt.

Kritik und Klagewelle gegen Verlängerungen

Umweltverbände haben mehrere Klagen gegen diese Praxis angestrengt, und ein Urteil wird bald erwartet. Kritiker argumentieren, dass die Ausnahmeregelung auch für hochgefährliche Wirkstoffe genutzt wird, deren Risiken bereits bekannt sind.Ein Beispiel hierfür ist das Herbizid ƷFlufenacetƷ, dessen Zulassung seit 2013 kontinuierlich verlängert wurde, obwohl Abbauprodukte, die bei seiner Anwendung entstehen, als problematisch gelten.

Die EU hat inzwischen beschlossen, dass Flufenacet ab 2026 nicht mehr vermarktet werden darf. Seit Inkrafttreten der Verlängerungen wurden in Deutschland über 6.700 Tonnen dieses Wirkstoffs verwendet, was erhebliche Bedenken hinsichtlich der Umwelt und Gesundheit aufwirft.

Ein weiteres Beispiel ist das ebenfalls umstrittene Herbizid ƷChlortoluronƷ, das im Verdacht steht, krebserregend zu sein. Auch hiervon wurden seit 2016 über 6.500 Tonnen verwendet. Diese Situation hat das Bundesumweltministerium dazu veranlasst, lange Prüfverfahren zu kritisieren und sich für schnellere Verfahren einzusetzen.

Die Industrie sieht Bedarf für verlängerte Zulassungen

Der Industrieverband Agrar äußert sich zum Thema Zulassungsverlängerungen und hält diese für notwendig, um die Verfügbarkeit von Pflanzenschutzlösungen sicherzustellen. Gleichzeitig zeigt sich das Umweltbundesamt besorgt über die

langen Genehmigungsverfahren und mangelnde Aktualität der zugelassenen Produkte.

Im Fall von Flufenacet ist der Absatz des Wirkstoffs seit 2014 sogar um 100% gestiegen, wobei allein im Jahr 2020 ein Anstieg um 32% verzeichnet wurde. Trotz der nachgewiesenen hohen Konzentrationen seines schädlichen Abbaustoffs Trifluoracetat (TFA) im Grundwasser in Deutschland, unternehmen die Hersteller rechtliche Schritte, um Beschränkungen zu verhindern. Ein Gericht entschied, dass diese nicht mit EU-Recht vereinbar sind, wodurch die Restriktionen zurückgenommen werden mussten.

Umweltministerin Lemke und Landwirtschaftsminister Özdemir werden mittlerweile aufgefordert, sich für ein EU-weites Verbot von Flufenacet und anderen Substitutionskandidaten einzusetzen, da eine Verlängerung der Genehmigung als unverantwortlich angesehen wird. Dies steht im Widerspruch zu den Zielen der Farm-to-Fork-Strategie, die die Risiken im Zusammenhang mit Pestiziden reduzieren will. Derzeit ist das Vorgehen der EU in der Sache jedoch durch die strukturellen Vorgaben geprägt, die den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt in den Mittelpunkt stellen, wie auch auf europarl.europa.eu erläutert wird.

Details	
Vorfall	Umwelt
Ort	Deutschland
Quellen	• www.tagesschau.de • umweltinstitut.org • www.europarl.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net